

Ankündigung des Kommentars bei www.blaetter.de

✕ www.blaetter.de   ...

     



Drei Monate Schwarz-Rot: Aufschwung auch durch Aufrüstung?

von [Rudolf Hickel](#)



Katherina Reiche: Die Fossil-Ministerin

von [Yves Venedey](#)

Ob es um die Brandmauer gegen die AfD, die Schuldenbremse oder die Stromsteuer geht – auf das Wort von

   

Finanzpolitik der neuen Bundesregierung: Kommt jetzt der Aufschwung durch die „Koalition der Möglichmacher“?

Der Start der neuen Bundesregierung war politisch sehr umstritten. Da klar war, dass der neu gewählte Bundestag eine Zweidrittelmehrheit zur Lockerung der Schuldenbremse sowie zur Schaffung eines Sondervermögens für Infrastruktur nicht zustande bringen würde, hat der alte Bundestag dieses in letzter Sekunde verfassungsrechtlich ermöglicht. Hinzu kamen die Ausnahme der Finanzierung der Verteidigungsausgaben ab einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts per Kreditaufnahme sowie die für die Länder eingeführte Regel, insgesamt im Ausmaß von 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts Kredite aufnehmen zu dürften. Diese Morgengabe ist nur durch den Wortbruch des heutigen Bundeskanzlers in der damaligen Opposition ermöglicht worden. Nach diesem ethisch problematischen Start der neuen Bundesregierung stellt sich jetzt die Frage, wie die schwarz-roten Leitlinien der Wirtschafts- und Transformationspolitik für die kommenden vier Jahre aussehen sollen. Werden die Megaprojekte des ökologischen Umbaus mit sozialer Absicherung auch mit den vorhandenen Finanzmitteln aus dem Sondervermögen fortgesetzt? Oder ist mit einem Umstieg aus der Transformation etwa im Energiebereich durch den Ausbau von Gaskraftwerken und damit der CO₂-Produktion zulasten der erneuerbaren Energien zu rechnen? Wird auf EU-Ebene versucht werden, das Ende der Verbrenner-Autos für viele Jahre zu verschieben? Ist grundsätzlich mit einem Paradigmenwechsel von einem die Wirtschaft im Strukturwandel mittelfristig unterstützen den Staat hin zu einer stärkeren Selbststeuerung durch die Marktkräfte gewollt, also ein Staat, der sich ökologisch und sozial weniger einmischt? In der Jamaika-Vorgängerregierung hatte trotz innerer und äußerer Widerstände vor allem unter dem Einfluss von Robert Habeck ein neues Leitbild der Wirtschaft durchaus auch mit Erfolgen durchgesetzt. Es ging um die enge Kooperation zwischen der Unternehmenswirtschaft mit dem fördernden Staat bei der Durchsetzung der längerfristigen Transformationsprojekte. In Anlehnung an A. J. Schumpeter beschreibt die „schöpferische Zerstörung“ das Leitbild: Die fossile Wirtschaftsweise wird Schritt für Schritt demontiert, um jedoch eine sozial-ökologisch zukunftsfähige Wirtschaft zu erschaffen. Mit dem Ziel, die Klimaneutralität bis 2045 zu erreichen, standen unter der Vorgabe des Verzichts auf Kernenergie die Projekte zum Umbau von der Erzeugung der fossilen zur regenerativen Energie - vor allem durch Windenergie – im Mittelpunkt. Zur finanziellen

Unterstützung stand der „Klima- und Transformationsfonds“ beispielsweise mit den Projekten zum Ausbau des Wasserstoffs, der energetischen Gebäudesanierung, der Mobilitätswende sowie dem ökologischen Umbau zur Verfügung. Beispielhaft ist das erfolgreich gestartete Leitprojekt Ausstieg aus der fossilen Stahlproduktion mit dem Ziel des Ausbaus der Green Steel-Produktion auf der Basis von Wasserstoff. Zugleich werden mit den neuen Elektrolichtbogenöfen die Schrottverwertung und damit das Recycling von Stahl ausgebaut. Dabei ist klar, dieses Transformationsbeispiel käme, würde es den Marktkräften überlassen, niemals zustande. Die Kosten über einen längeren Zeitraum wären einzelwirtschaftlich nicht finanzierbar und damit würde die ökologische Transformation jedoch zum Nutzen der Umwelt verpasst. Hier muss der Staat auf der Basis des Wissens in der Wirtschaft mit Finanzhilfen unterstützen. Die großen Projekte des ökologischen Umbaus auch mit der Verantwortung für nachfolgende Generationen lassen sich sinnvoll nur mit einer Markt-Staat-Kooperation über einen längerfristigen Zeitraum realisieren. Es gibt erste Hinweise darauf, dass vor allem die CDU/CSU auch die erfolgreichen Projekte der Vorgängerregierung nicht fortsetzen will. Die Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche schwärmt lieber von der Rückkehr zu Ludwig Erhards „Sozialer Marktwirtschaft“. Es drohen Rückschritte auf dem Weg zum neuen, ökologisch fundierten Wohlstand für alle. Denn die Soziale Marktwirtschaft Erhards basiert bei Abfederung durch den Sozialstaat auf eine Entfesselung der Märkte ohne Rücksicht auf die ökologischen Folgen. Heute muss die ökologisch fundierte und sozial abgedeckte Wettbewerbswirtschaft vorangetrieben werden. Eine der aktuell erhobenen Forderungen der Bundeswirtschaftsministerin steht für die ökologisch bedrohliche Politik des Rückschritts. Die Forderung nach dem Ausbau der 20 Gigawatt-Gaskraftwerke auf breiter Front führt zur Ausweitung der CO₂-Emissionen. Statt diese Verursachung zu vermeiden, wird auf Techniken der Abspaltung bzw. Speicherung von CO₂ gesetzt. Dagegen gilt das Zukunftsziel, die CO₂-Produktion zu vermeiden. Dazu kommen muss zur sozialen Abfederung der ökologischen Transformation der Einstieg in das Klimageld.

Sofortprogramm: Wachstum um fast jeden Preis pushen

Die Regierung macht Tempo mit ihrem Sofortprogramm. Das ist gut so. Aber die unter dem Zeitdruck präferierten Instrumente sind zweifelhaft. Derzeit wird die zu hohe Steuerlast der Unternehmen als wichtigste Krisenverursacher gesehen. Vorab bedient werden mit der Einlösung der Wahlversprechen die Klientelgruppen. Auf der Liste stehen vor allem mit Blick auf die CDU/CSU:

Der Umsatzsteuersatz in der Gastronomie wird für Speisen wieder von 19% auf 7 % gesenkt (Steuerausfall 15 Mrd. € pro Jahr). Söders Lieblingsforderung nach der Ausweitung der Mütterrente wird erfüllt. Die umstrittene Agrardiesel-Subventionierung für die machtvoll auftretende Landwirtschaftslobby wird reaktiviert. Wohl eher als Zugeständnis für den kleineren Partner SPD wird die allerdings notwendige Mietpreisbremse verlängert. Breiter Konsens besteht für den Vorschlag, die derzeit noch geltende Gasspeicherumlage zu streichen und die Stromsteuer um 5 Cent je Kilowattstunde zu senken. Dagegen sind bei dem ersten Vorschlag im Kontext des Investitionsboosters keine Sofortmaßnahmen zur Senkung des Strompreises vor allem für die energieintensive Wirtschaft geplant. Das ist zumindest zugunsten der energieintensiven Industrie zwischenzeitlich geändert worden. Einigkeit besteht allerdings bei der Anhebung der Pendlerpauschale (ab 1 km auf 30 Cent und ab 21 km auf 38 Cent; Steuerausfall 8 Mrd.€ pro Jahr). Diese Vorfahrt für den Pkw-Verkehr, die im Widerspruch zu einer ökologisch dringlichen Verkehrswende steht, lässt sich durchaus als Signal für eine pragmatisch-kurzfristige Politik in den kommenden Jahren deuten. Die Wirtschaft kann mit ökologisch belastender höherer Mobilität und die abhängig Beschäftigten können mit reduzierten Ausgaben zum Erreichen des Arbeitsplatzes rechnen. Verlierer ist wegen der belastenden Folgen das Klima.

Über diese Klientel-Steuerpolitik hinaus kündigt das Sofortprogramm einen Investitionsbooster an. Ab dem 1. Juli können bis Ende 2027 die Unternehmen, die nicht in Grund, Boden und Gebäude, sondern in die betrieblichen Produktionsanlagen investieren, ihre zu versteuernden Gewinne um die Abschreibungen verringern können. Diese Steuerentlastung für Unternehmen in der Gewinnzone soll ab 2028 durch eine in fünf Schritten geplante Senkung der Steuersätze auf Kapitalgesellschaften von derzeit 15% auf 10 % vollendet werden. Darüber hinaus werden die Steuersätze auf Gewinne, die im Betrieb für Sachinvestitionen bleiben, laut dem eingebrachten Steuergesetz in drei Schritten von 28,5% auf 25% gesenkt. Dazu gibt es für Betriebe, die Elektroautos anschaffen, einen Sonderbonus per Abschreibungen allein im ersten Jahr mit 75% der Anschaffungskosten. Die privaten Haushalte werden allerdings von diesem E-Auto-Booster ausgeschlossen.

Drei Risiken produziert diese Steuersenkungspolitik:

* Der Erfolg des Investitionsboosters hängt von der Bereitschaft der Unternehmen ab, die durch die Sonderabschreibungen steigenden Nettogewinne auch

für Sachinvestitionen auszugeben. Wird nicht investiert, dann führt die Sonderabschreibung lediglich zu funktionslosen Zusatzgewinnen dieser Unternehmen. Politik bleibt auf die Gefolgschaft durch die Gewinnwirtschaft abhängig. Hierzu gehört auch der Hinweis, dass von den Sonderabschreibungen mit 30 % nur die Unternehmen, die auch Gewinne erzielen und damit durch Abschreibungen diese Netto erhöhen können, profitieren. Gerade die vielen Unternehmen, die sich derzeit unverschuldet in der Verlustzone bewegen, profitieren nicht von diesem Steuervorteil. Darüber hinaus ist diese Abschreibungspolitik in der mittleren Frist riskant. Was heute mit höheren Beiträgen abgeschrieben wird, steht in späteren Jahren den Unternehmen nicht mehr zur Senkung der Nettosteuerlast zur Verfügung. Sollte der Investitionsbooster nicht gelingen, wird der Steuervorteil in der möglicherweise später folgenden Phase wirtschaftlicher Wachstumsschwäche nicht mehr nutzbar sein.

* Im Gegensatz zur Behauptung von zu hohen Unternehmenssteuern wird die Wirtschaft unter dem Regime der Mehrfachkrise durch andere wichtige Faktoren belastet. Unternehmen fehlt planbare Nachfrage in der Binnen- und Exportwirtschaft. Die Exportwirtschaft leidet derzeit weniger an einer zu hohen Steuerlast als unter den Risiken des wachsenden Protektionismus nicht nur durch die USA. Insbesondere die energieintensive Wirtschaft ächzt unter den im internationalen Vergleich immer noch zu hohen Energiepreisen. Auch löst die neue Bundesregierung durch das derzeit fehlende Bekenntnis zu den Großprojekten mit dem Ziel der ökologischen Transformation bei den Unternehmen eine bereits spürbare Planungsunsicherheit aus. Frustration breitet sich bei den innovationsbereiten Unternehmen aus.

* Die fiskalischen Risiken dieser Steuerpolitik sind über ihre Beteiligung an den gesamten Steuern für den Bund, die Länder und die Gemeinden kaum beherrschbar. Im Entwurf zum Gesetz werden die Steuerausfälle bis 2029 auf 46 Mrd. € hochgerechnet. Die zu erwartenden Steuerausfälle erhöhen vor allem in den ohnehin belasteten Kommunen die Haushaltsnotlage. Ausgabenkürzungen und damit sinkende Nachfrage mit direkten und indirekten Folgen sind vorprogrammiert. Selbst notwendige Reparaturinvestitionen bleiben aus und der Druck auf die Sozialausgaben nimmt zu.

Die steuerpolitischen Maßnahmen des Sofortprogramms sind nicht angemessen und greifen viel zu kurz. Die Alternative zur schnellen Überwindung der privatwirtschaftlichen Investitionsschwäche wäre eine zeitlich befristete Investitionszulage auf zusätzliche Investitionen im Vergleich zu den Vorjahren. Die befürchteten Mitnahmeeffekte per steigender Nettogewinne durch Sonderabschreibungen würden entfallen. Nur wer investiert, kann die staatliche Investitionszulage nutzen. Auch wäre der Streit über die Kompensation der Steuerausfälle beim Bund, den Ländern und den Kommunen vermeidbar. Die Investitionszulage würde vom Bund finanziert.

Gegenüber den Herausforderungen durch die Mehrfachkrise und hier insbesondere durch die Klimakrise ist eine auffällige Konzentration auf die Stärkung der Wirtschaft ohne Rücksicht auf die sozialen und ökologischen Herausforderungen bei der Merz-Klingbeil-Regierung zu erkennen. Zu hohe Steuern für die Unternehmen werden monokausal zum Kern eines Konjunkturprogramms mit Sonderabschreibungen und ab 2028 einer Senkung des Körperschaftsteuersatzes in fünf Schritten von 15% auf 10%. Die längst widerlegte Legende von der wohlstandsstiftenden Steuerentlastung der Wirtschaft wird wiederbelebt. Erinnerungen an das „Trickle-down-Theorem“ werden wach: Sinkt die Steuerlast der Unternehmen, dann werden die Nettogewinne zu mehr an Investitionen und schließlich zur steigenden Beschäftigung führen. Die Legende zu Ende formuliert, kommt es über steigende Steuereinnahmen zur Selbstfinanzierung der Einnahmeausfälle aus den zuvor reduzierten Steuersätzen. Die Bundesregierung macht also ihren Erfolg von der neoliberalen Kausalkette abhängig: steigende Gewinne, zunehmende Investitionen und schließlich Zugewinn an Arbeitsplätzen. Dabei widerlegt vor allem die Unternehmenssteuerreform nach 2001 die unterstellten segensreichen Wirkungen. Am Ende sind mit den massiven Steuerausfällen die Staatsschulden massiv gestiegen. Und kreditfinanzierte Unternehmenssteuersenkungen, das geht gar nicht. Auch werden die Auswirkungen auf die Klimakrise ausgeblendet. Vielmehr gilt, egal, wie, was wächst, Hauptsache die Unternehmen lassen das gewinnträchtige Bruttoinlandsprodukt krachen.

Sofortprogramm in die richtige Richtung

Gegen die hartnäckige Stagnation, die auf die mangelnde Investitionsbereitschaft zurückzuführen ist, wird kurzfristig die oben beschriebene Investitionszulage auf zusätzliche Sachinvestitionen im Vergleich zu den Vorjahren gebraucht.

Im Gegensatz zu den Sonderabschreibungen ist mit einer zielgenaueren Wirksamkeit zu rechnen. Hinzukommen müssen sofort öffentliche Investitionen in die Infrastruktur und die ökologische Transformation. Finanzmittel stehen durch das noch vom alten Bundestag beschlossene „Sondervermögen Infrastruktur“ zur Verfügung. Die bereits durchgeplanten Investitionsprojekte, die bisher an der Finanzierung scheiterten, sollten sofort finanziert werden. Hier zählt der Vorbehalt Zusätzlichkeit der Investitionen nicht. Hinzukommen müssen gezielte Sofortmaßnahmen etwa für die energieintensive Industrie sowie vor allem ein Klimageld für die durch den ökologischen Umbau belasteten einkommensschwachen Haushalte.

Mit dem Sofortprogramm darf auch nicht kurzfristig aus der ökologischen Transformation ausgestiegen werden. Wegen der ansonsten fortschreitenden Klimakrise, die die Kosten der Wirtschaft steigen lässt, wären auch für die nachfolgenden Generationen unverantwortlich. Mit der konjunkturellen Belebung wird fiskalisch und strukturell die ökologische Transformation gestärkt. Statt auf die ökologisch substanzlose Formel „Soziale Marktwirtschaft“ à la Ludwig Erhard oder gar den Marktfundamentalismus zurückzugreifen, sollte die neue Bundesregierung die vor allem durch Robert Habeck forcierte Kooperation von Staat und Wirtschaft zur „schöpferischen Zerstörung“ mit dem Ziel einer dekarbonisierten Wirtschaftsweise fortsetzen. Das ist die Aufgabe der „Koalition der Möglichmacher“, die den Bereich des Möglichen auch auf das ökologisch Notwendige konzentrieren muss. ++++

Am Ende: Hinweise zum vorgelegten Haushaltsplan 2025

Der vorgelegte Haushalt ist auf der Ebene des Bundes das Rechenbuch der Nation. Er gibt über die wichtigen Einnahmen-Ausgabenschwerpunkte Auskunft. Künftig wird wohl der Finanzierungsvorbehalt das frustrierende Instrument künftiger Finanzpolitik. Noch abgesegnet vom Vorgängerbundestag, kann die Aufnahme neuer Kredite bis 2029 auf über 850 Mrd. € anstiegen. Maßgeblich dafür sind das Sondervermögen für „Infrastruktur und Klimaneutralität“ sowie die zulässige, nach oben unbegrenzte Kreditfinanzierung für „Verteidigung, Zivilschutz und Nachrichtendienste“. Im Verteidigungsbereich steigt die Kreditaufnahme auf 158 Mrd. € bis 2029. Dadurch wird das neue NATO-Ziel mit 3,5% sechs Jahre früher als vereinbart erreicht. Folge dieser massiven Kreditaufnahme ist die Verdoppelung der Zinsausgaben auf 62 Mrd. € bis 2029. Der Bundesfinanzminister beschwört die Tragfähigkeit dieser Schuldenpolitik seiner Schuldenpolitik. Damit setzt er voll auf die Stärkung der Wirtschaftskraft aus der Kredite künftig finanziert werden können. Bei den Rüstungsausgaben, die die ökonomische Produktivität nicht steigern, sind ernsthafte Zweifel angebracht. Dagegen sind infolge der Investitionen aus dem Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“ positive Wachstumswirkungen zu erwarten. In der längeren Frist werden die zusätzlichen Steuereinnahmen aus einer ökologisch transformierten Wirtschaft und damit weniger mit Umweltkosten belastet erzeugt werden. Aus dieser ökologisch fundierten Wertschöpfung lassen sich dann auch die Zinslasten finanzieren. Umso bedauerlicher ist es, dass diese ökologische Transformation nicht sozial begleitet wird. Was schon im Koalitionsvertrag ausgeblendet wurde, setzt sich bei der Finanzplanung bis 2029: Eine Klimaabgabe ist nicht geplant. Werden die sozial sehr belastenden Folgen der ökologischen Transformation nicht angegangen, so ist ein weiterer Akzeptanzverlust auf dem Weg zur Klimaneutralität bis 2042 vorhersehbar.